



---

Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen Eichenau  
Thomas Barenthin  
Marion Behr  
Christine Ganzhorn  
Rike Schiele

Gemeinde Eichenau  
Hauptplatz 2  
82223 Eichenau

Eichenau, 20.10.2015

**Antrag der Bündnis90/Die Grünen Fraktion  
Kinderbetreuungsplätze in Eichenau / Überplanung des Grundstückes in der  
Friesenstraße**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

die Situation bzgl. der Kinderbetreuung in Eichenau wurde von der Verwaltung erstmals über mehrere Jahre vorausschauend geplant und gleichzeitig die gewonnenen Informationen dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt. Die Zahlen sind weitestgehend nachvollziehbar, so dass eine mittelfristige Planung durchaus machbar erscheint.

*Asylsuchende Kinder – fehlenden Zahlen:*

Die Zahlen für die Betreuung beruhen jedoch leider nur auf Vergangenheitswerte und berücksichtigen nicht, die die aktuelle Asylpolitik widerspiegelt. Aktuell haben wir laut Landratsamt nur sehr wenige Familien in Eichenau, die Asyl suchen. Unter Berücksichtigung, dass wir (nach aktuellem Stand) noch um die 90 Bewerber in Eichenau ein Obdach gewähren und unter ihnen auch vermehrt Familien, sind unseres Erachtens einige wenige Plätze in den jeweiligen Kinderbetreuungsformen unverzichtbar.

Die Berücksichtigung sollte für uns als Gemeinde von elementarer Bedeutung sein. Nur so ist eine Integration ansatzweise möglich.



---

**Antrag 1: Wir bitten die Verwaltung um Überprüfung der Zahlen für die Kinderbetreuung in Eichenau unter Berücksichtigung von asylsuchenden Kinderzahlen.**

*Krippenplätze:*

Die Verwaltung führt aus, dass für die letzten beiden Betreuungsjahre der Bedarf an Plätze gedeckt werden konnte und es ggf. für das Betreuungsjahr 2016/17 zu einen Engpass kommen könnte. Der Lösungsvorschlag der Verwaltung, dass für das Betreuungsjahr 2016/17 eine Kindergartengruppe in eine Krippengruppe umgewandelt wird, begrüßen wir sehr.

**Antrag 2: Wir bitten die Verwaltung, die möglichen Kosten für die Umwandlung der Kindergartengruppe in eine Krippengruppe aufzuzeigen. Die Kosten sind vorsorglich in den Haushalt 2016 einzuplanen.**

*Kindergartenplätze:*

Für die Kindergartenplätze sieht die Verwaltung ebenfalls nur Handlungsbedarf, sollte eine Kindergartengruppe im Betreuungsjahr 2016/17 in eine Krippengruppe umgewandelt werden. Hierbei würde im darauffolgenden Betreuungsjahr 2017/18 Engpässe entstehen. Um bereits auf diese Situation vorbereitet zu sein und Hauruck-Aktionen zu vermeiden, ist der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 25.05.2014 bzgl. „Errichtung eines gemeindlichen Natur- und Waldkindergartens“ von der Verwaltung zu prüfen.

In früheren Gesprächen mit Frau Grassegger aber auch in aktuellen Kontakt mit der neuen Leitung und den Mitarbeiterinnen des Sterntaler-Kindergartens, zeigte sich eine große Bereitschaft des Kindergartens mit einem Natur- und Waldkindergarten eine Kooperation einzugehen.

**Antrag 3: Wir bitten die Verwaltung, die möglichen Kosten für die Aufnahme einer weiteren Gruppe im Sterntalerkindergarten in Form eines Natur- und Waldkindergartens zu kalkulieren. Ferner ist eine geeignete Fläche im nord- östlichen Bereich des Kindergartens zu finden. Die Kosten sind vorsorglich in den Haushalt 2017 einzuplanen.**

*Schulkindbetreuung:*

Anders als bei den Kindertagesstätten (KiTa und Krippe) sieht die Verwaltung in den nächsten Jahren einen erheblichen Engpass in der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder. Erst nachdem Betreuungsjahr 2018/19 würde der Bedarf mit den aktuell



zur Verfügung stehenden Plätzen wieder gedeckt werden können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind nach wie vor der Meinung, dass weitestgehend alle schulischen Angelegenheiten auch auf dem Schulgelände bleiben sollen. So sind fremdgenutzte Schulräume für Vereine nur möglich, wenn kein Bedarf an Unterrichtsräume oder die Betreuung am Nachmittag mehr besteht. Das hieße, dass ggf. Räume erst ab 17 Uhr für die Vereine zur Verfügung stünden. Die für die Vereine dadurch entstehende Nichtnutzung der Räume wird unter dem u.s. Punkt „Grundsätzliches“ aufgefangen.

**Antrag 4: Wir bitten die Verwaltung aufzuzeigen, wie viele Räume für die Betreuung in den entsprechenden Betreuungsjahren vorhanden sein müssten. Gleichzeitig zeigt die Verwaltung, die von Vereinen genutzten Schulräumen, die nicht durch die Schule genutzt werden können, auf. Sollte weiterhin eine Diskrepanz zwischen Bedarf und Möglichkeiten vorhanden sein, so ist die Variante bzgl. Aufstellens eines Schulcontainer z.B. auf den sehr wenig frequentierten, eingezäunten Sportplatz in der Starzelbachschule sowie auf dem Hof der Josef-Dering-Schule durchzukalkulieren. Die Kosten sind entsprechend im Haushalt 2016 einzuplanen.**

### *Grundsätzliches:*

Immer wieder wird hinsichtlich der Betreuung von Schulkindern das freistehende Grundstück in der Friesenstraße in Betracht gezogen. Unter Berücksichtigung der von der Verwaltung aufgearbeiteten Zahlen sollten ab 2019 – in ca. 4 Jahren – der Bedarf in allen Bereichen der Kinderbetreuung weitestgehend gedeckt werden können. Ein Neubau für die Betreuung von Schulkindern für 4 Jahre auf diesem Grundstück zu errichten, scheint uns nicht angebracht, zu kostenintensiv und den BürgerInnen nicht vermittelbar.

Auf dem Grundstücke sollte ein Haus entstehen, das allen BürgerInnen und den Vereinen (auch Mehrgenerationshaus genannt) zur Verfügung steht.

z.B.:

- Musikvereine
- Integrationsprogramme für Asylsuchende und Migranten
- VHS-Nutzung
- Eltern-Kind Gruppen
- Seniorentreffen
- Bürgertreffpunkt

Förderungen für solche Art von Mehrgenerationshäusern werden sowohl von der EU als auch vom Bundesfamilienministerium unterstützt.



---

**Antrag 5: Wir bitten die Verwaltung unter Berücksichtigung des Antrags 4 sowie unter Prüfung des Bedarfs der Vereine, die Errichtung eines „Haus der Bürger“ (Mehrgenerationenhaus) zu prüfen und entsprechende Mittel für die kommenden Haushalte 2016 und ggf. den kommenden Jahren einzuplanen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Fördermöglichkeiten über den Europäischen Sozialfond und über das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu prüfen.**

Vielen Dank. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Thomas Barenthin  
Marion Behr  
Christine Ganzhorn  
Rike Schiele